

Der Regierung aufs Maul geschaut

ver.di Berlin Brandenburg diskutiert die Hartz-Vorschläge

Der Landesbezirk Berlin-Brandenburg (ca. 300.000 Mitglieder) hatte für den 18. Oktober »alle interessierten Funktionär/e/innen und Mitglieder« zu einer Konferenz eingeladen, auf der die »Hartz-Vorschläge« diskutiert werden sollten. Neben einem Impulsreferat von Michael Guggemos (beim IG-Metall-Hauptvorstand zuständig für Wirtschaftspolitik) waren in der Einladung vier AG vorgesehen, in den zentrale Aspekte des Hartz-Papiers diskutiert werden sollten: Neuordnung der BA, PSA, das Ausbildungs-Zeit-Wertpapier und das »Bridge-System« für ältere Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht 200 Menschen versammelten sich im Haus am köllnischen Park. Es handelte sich weit mehrheitlich um ehrenamtliche Funktionäre: Betriebs- und Personalräte, aus Betriebsgruppen und ver.di-FG-Gliederungen.

Die besondere Berliner Situation spielte in vielen Beiträgen eine Rolle. Die ver.di-LB-Vorsitzende Susanne Stumpfenhusen gab in ihrer Vorrede den Tenor vor: Am Vortag hätten die Gewerkschaften die Verhandlungen mit dem Senat über den so genannten »Solidarpakt« abrechnen müssen, weil der Senat den Ausstieg aus den bundesweiten Tarifverträgen zur Voraussetzung eines Abschlusses erklärt hat. Einem solchen Einstieg in den Ausstieg könnten und wollen die Gewerkschaften nicht zustimmen. Die Unterstützung der rot-grünen Koalition im Wahlkampf stand unter dem Zeichen einer Verteidigung des Flächentarifes gegen die Vorstellungen des schwarz-gelben Lagers. Nun stehen die Gewerkschaften in Berlin aber vor der Situation, daß eine rot-rote Koalition den Ausstieg aus den Tarifverträgen erzwingen will. Sollte der Senat versuchen, durch einseitige Regelungen im Bereich der Beamten vollendete Tatsachen zu schaffen, stehe der öffentliche Dienst in Berlin vor einem Streik. Das Wort von einem »heißen Winter« fiel.

In seiner Einleitung unterstützte Michael Guggemos die Zweifel an den Hartz-Vorschlägen. Die 1,5 Mio. unbesetzten Arbeitsplätze sehe er nicht, er rechnet auch nicht damit, dass diese Arbeitsplätze demnächst irgendwo auftauchen könnten. Dem Hartz-Konzept liegt eine ganz einseitige Vorstellung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zugrunde: Nur zu hohe Löhne und falsche Qualifikationen der Beschäftigten verhinderten eine massive Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Unternehmen stellen jedoch nicht ein, wenn die neuen Leute billig sind. Unternehmen stellen ein, wenn die neuen Leute mehr einbringen als sie kosten, wenn sich Gewinne machen lassen – das hat aber nicht nur mit Lohnkosten, sondern vor allem mit Absatzmöglichkeiten zu tun. Dennoch ist davon auszugehen, daß die ersten Hartz-Gesetze bereits im Frühjahr 2003 wirksam werden und der ganze Apparat bis 2004 in Kraft ist. Auf der politischen Ebene sind Hindernisse zur Zeit nicht in Sicht.

In der anschließenden kurzen Diskussion zeigte sich bereits die Stimmung der Anwesenden: Für kritische Bemerkungen zum Hartz gab es Beifall, je schärfer die Kritik, um so mehr. Im Plenum gab es keine Stimmen zur Verteidigung der Hartz-Vorschläge.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden am Ende im Plenum vorgetragen. Die Arbeitsgruppe 1 zur Neuausrich-

tung der Bundesanstalt stellte den Widersinn der Pläne heraus: Von einer Vermittlungsoffensive kann keine Rede sein, wenn auf einen Sachbearbeiter 1.100 Arbeitslose entfallen. Die geplanten Gutscheine zur Job-Vermittlung haben keine Aussicht auf Erfolg. Die Experimente auf diesem Gebiet (Job-Aktiv-Gesetz usw.) sind alle fehlgeschlagen. Die Höhe der Arbeitslosigkeit ist einfach kein Vermittlungsproblem. Reformen hat die BA sicher nötig, aber aus ganz anderen Gründen und anderen Zielen. Das einzige, was in diesem Bereich tatsächlich passieren wird, ist eine vermehrte Privatisierung der Vermittlung, wobei von Qualitätsstandards der privaten Vermittler nichts zu hören ist: Personalausweis und Gewerbeschein werden die einzigen »Zugangsbeschränkungen« sein. Die Hartz-Vorschläge wurden daher auch mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Ebenso ablehnend fiel das Votum der zweiten Arbeitsgruppe zu den PSA aus. Sie war mit fast der Hälfte der anwesenden Kollegen am stärksten besetzt, handelt es sich doch um ein Thema, das alle direkt betreffen wird. Es handelt sich dabei um ein massives Programm zur Ausweitung der befristeten Beschäftigung, mit allen negativen Folgen, vor denen die Gewerkschaften immer gewarnt haben. Hinreichende Erfahrungen liegen vor: Seit den achtziger Jahren hat jede neue Möglichkeit befristeter Beschäftigung zur Vernichtung von Normalarbeitsplätzen geführt, die nach Hartz wohl gar nicht mehr normal sein werden. Die Tarifbindung der PSA ist ein Papiertiger: soweit sie nicht ohnehin durch andere Hartz-Vorschläge ausgehebelt wird (Zumutbarkeit!) stellt sich die Frage, welche Tarife denn zur Anwendung kommen sollen. Ausgeschlossen ist auch nicht, dass in den Tarifverträgen mit den PSA selbst alle mögliche Schweinereien »geregelt« durchgesetzt werden.

Die Umkehrung aller bisherigen Debatten zum Lehrstellenloch präsentierte die dritte Arbeitsgruppe als den inhaltlichen Kern des »Ausbildungs-Zeit-Wertpapiers«. In der Arbeitsgruppe waren die Spezialisten (Ausbilder, Jugendvertreter usw.) versammelt. Sie stellten fast einstimmig fest: Ging es früher darum »Wer nicht ausbildet, soll zahlen«, so heißt es jetzt: Wer ausgebildet werden will, muss Geld mitbringen. Auch wenn es bis zur Wiedereinführung des Lehrgeldes vielleicht noch ein wenig dauert, der Privatisierung der Ausbildung wird Tür und Tor geöffnet. Die unsinnige Arbeitsmarktdiagnose von den zu teureren Beschäftigten wird eben eins zu eins auf die Azubis angewandt. Und anstatt das Bildungswesen zu verbessern, projiziert die Hartz-Kommission Pseudo-Ausbildung für angeblich geringer oder »praktisch« Begabte, in denen Anlernberufe mit der Weihe eines zertifizierten Abschlusses versehen werden. Auch hier zielen die Hartz-Vorschläge nicht auf eine Lösung von Problemen, sondern auf die Verschiebung der Lasten zuungunsten der Jugendlichen.

Unter den Ergebnissen der vierten Arbeitsgruppe war eine einfache, aber vielleicht klärende Frage. Es ging um die verschiedenen »Brücken«, welche die Hartz-Kommission zwischen dem Arbeitsleben und einer – verminderten – Rente bauen lassen will. Und dann kam die Frage auf: Wie-

viel verdienen (oder kriegen) eigentlich die Mitglieder der HartzKommission, wenn sie sich vorstellen können, von der Hälfte ihres Gehalts durchaus noch leben zu können? Die Versammelten waren sich einig, dass sie jedenfalls von der Hälfte ihres Einkommens nicht mehr leben können. In mehreren Abstimmungen kam die Arbeitsgruppe immer wieder zu ähnlichen Schlussfolgerungen: die Ergebnisse der Hartzkommission sind einfach nicht akzeptabel.

Auch wenn es in den Arbeitsgruppen vereinzelt Stimmen zur Verteidigung der Kommissionsvorschläge gab, im Plenum spielte dies keine Rolle mehr. Die einhellige Ablehnung bestimmte das Bild.

Günther Waschkuhn vom ver.di Landesbezirk fasste am Ende einige Folgerungen zusammen. Zunächst soll in mehreren Seminaren die Kenntnis der Hartz-Vorschläge und die

Auseinandersetzung darum erweitert werden. Für die Landesbezirkskonferenz liegen bereits mehrere Anträge vor, sich vom Hartz-Papier zu distanzieren. Im März nächsten Jahres sollen die Aktivitäten mit einer Konferenz des Landesbezirkes zusammengeführt werden. Dann werden Teile des Hartz-Konzeptes schon durch den Bundestag gegangen sein.

Um so wichtiger ist es, dem öffentlichen und bürokratischen Druck auf die Arbeitslosen durch eine scharfe Kritik an Hartz entgegen zu treten. Angesichts der bisherigen Stellungnahmen der Gewerkschaftsspitzen geht es zum einen darum, innerhalb der Organisationen die Interessen der Mitglieder deutlich vernehmbar zu machen. Zum anderen geht es darum, der Bundesregierung bei ihrem geplanten Durchmarsch einige Knüppel zwischen die Beine zu stecken. Möglichkeiten gibt es viele – nutzen wir sie. ■

DOKUMENTIERT:

IG BAU, Ortsverband IV (Hamburg Nord)

c/o Bezirksverband Hamburg, Jungestr. 1, 20535 Hamburg,
Tel.: 040 / 25 30 44 19, e-mail: hamburg@igbau.de

Resolution

26. November 2002

Die Ortsverbandsversammlung der IG BAU Hamburg-Nord hält die von der Bundesregierung im Eilverfahren beschlossenen Vorschläge der so genannten »Hartz-Kommission« für in der Sache völlig untauglich und ihre Unterstützung für gewerkschaftsschädigend. Die schon beschlossenen und noch in Planung befindlichen Maßnahmen stellen einen der dramatischsten Angriffe auf soziale Sicherungen dar, die die Bundesrepublik bisher erlebt hat.

Der Ortsverband fordert daher seinen Bezirksverband Hamburg, den Bundesvorstand der IG BAU, den Gewerkschaftsbeirat der IG BAU und die regionalen DGB-Strukturen auf,

- **sofort jegliche Unterstützung und jede positive Kommentierung des so genannten Hartz-Konzeptes zu unterlassen**
- **umgehend eine Kampagne gegen das Hartz-Konzept zu initiieren**

und für

- **die 35-Stunden-Woche per Gesetz**
- **die Altersrente mit 60 ohne Abschläge**
- **sowie das Verbot der Leiharbeit**

zu kämpfen. Dies sind Kernaufgaben einer Gewerkschaft in der aktuellen Krise unserer Zivilgesellschaft.

Der Ortsverband hat kein Verständnis für die bisher bekundete Unterstützung der IG BAU für das »Hartz-Konzept«. Die Vorschläge der Kommission richten sich in erster Linie gegen arbeitslose KollegInnen, aber auch gegen diejenigen Mitglieder der IG BAU, die noch in Lohn und Brot stehen. Eine Unterstützung dieser Politik scheint uns nicht nur gegen den eigentlichen Sinn gewerkschaftlicher Arbeit, sondern auch eklatant gegen die »Bonner Satzung« unserer Organisation zu verstoßen, in der es unter § 3 unter anderem heißt: »Die IG BAU vertritt die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und verbindet sie im solidarischen Handeln.«

Wie dies mit einer Senkung des Arbeitslosengeldes, zahllosen repressiven Leistungskürzungen oder auch der massiven Ausdehnung von Leiharbeit – und damit Ausbeutung pur – vereinbar sein soll, ist uns schleierhaft.

Begründung (leicht gekürzt)

In allen DGB-Gewerkschaften gärt es derzeit an der Basis. Während die jeweiligen Bundesvorstände unserer Organisationen die Hartz-Angriffe auf das Sozialsystem unterstützen, fragen sich große Teile der Gewerkschaftsbasis fassungslos, wie ihnen geschieht, so auch die aktive Basis der IG BAU. Insbesondere der radikale Richtungswechsel unseres Bundesvorstandes ist nur schwer erklärbar.

Noch am Donnerstag, den 4. Oktober 2001 hielt unser Bundesvorsitzender – der Kollege Klaus Wiesehügel – eine vielumjubelte Rede auf dem Bonner Gewerkschaftstag. Mehrfach von spontanem Applaus unterbrochen rief er damals den Delegierten zu:

»Es ist unverantwortlich, es ist unverschämt, es ist ausbeuterisch, einen Job unter 1500 Euro anzubieten. Diese Aggressivität muss von uns zurückkommen, sonst drücken die uns alle auf einen Niedriglohnsektor, bei dem wir unsere Familien nicht mehr ernähren könnten, liebe Kolleginnen und Kollegen. (An dieser Stelle vermerkt das Protokoll: »Beifall«) (...) Im Augenblick wird jeder Einzelne fertig gemacht, von den Arbeitsämtern, von den Sozialämtern. Überall wird er immer mehr in die Ecke gedrückt, wird mit seinen Ansprüchen immer mehr heruntergedrückt. Und wenn er dann sagt: ja, aber das ist zu wenig, dann wird gesagt: Sie sind wohl faul. Er muss sagen können: Nein, wir Arbeitnehmer in Deutschland, wir sind im DGB organisiert und wir arbeiten nicht unter einer solchen Summe. Der Ball muss wirklich zurückgespielt werden. Wir sind doch die Mehrheit dieses Volkes. Dann müssen wir uns auch selber helfen und so diskutieren.« An dieser Stelle vermerkt das Protokoll »lebhaften Beifall«.

Im Juli 2002 aber – und damit nur einige Monate später – signalisierten der selbe Klaus Wiesehügel und mit ihm die Spitzen aller DGB-Gewerkschaften ihre Zustimmung zum so genannten »Hartz-Konzept«, und damit unter anderem zu Sätzen, wie:

»Die erwerbsfähigen Leistungsbezieher sind verpflichtet, alle der Zumutbarkeit entsprechenden Beschäftigungen anzunehmen. Zumutbar ist auch eine Beschäftigung in einer PersonalServiceAgentur (PSA)« (Seite 92), und noch konkreter wird das Hartz-Konzept auf Seite 74, wenn die »Erwartungen« an Arbeitslose mit samt Sanktionen aufgelistet werden: *»Abzüge vom Arbeitslosengeld bei verspäteter Meldung*

der (bevorstehenden) Arbeitslosigkeit; erhöhte Mobilitätserwartungen im Zusammenhang der Neuen Zumutbarkeit; Probezeit bei Übertritt in die PSA (bis zu sechs Monaten) bei einer Vergütung auf Grundlage des Arbeitslosengeldes; gestaffelter Abzug vom Arbeitslosengeld oder Sperrzeit bei Entlassung durch die PSA aus verhaltens- oder personenbedingten Gründen.«

Der Arbeitslose muss überdies künftig selber beweisen, dass eine Tätigkeit nicht zumutbar ist, denn er hat laut »Hartz-Papier« eine »Schadensbegrenzungspflicht« oder konkreter auf Seite 26: »Der Grundsatz ›Fördern und Fordern‹ sowie ›keine Leistung ohne Gegenleistung‹ erhält im Sinne der Neuausrichtung der Arbeitsförderungs politik zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine neue Akzentuierung, die im Begriff ›Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen‹ zum Ausdruck kommt. ›Fördern und Fordern‹ entspricht der Erwartungshaltung des Versicherers an den Versicherten, den materiellen und nichtmateriellen Leistungen des Arbeitsamtes im Sinne der Schadensbegrenzungspflicht durch ein angemessenes, zielführendes Verhalten zu begegnen (...).«

Kurz: Arbeitslose müssen künftig schlicht **jeden** Job annehmen, der ihnen von den freundlichen MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes (künftig: Job-Center) angeboten wird. Jenen MitarbeiterInnen, die in der Vergangenheit beinahe täglich KollegInnen in illegal entlohnte Arbeit zwangen, und bei Weigerung Leistungen kürzten.

Unsere KollegInnen sollen künftig einen »Schaden begrenzen«, den sie in den seltensten Fällen selber angerichtet haben. Doch das Hartz-Papier dreht den Spieß um: Die Arbeitslosen sind »schadensbegrenzungspflichtig«: Wenn sie kein »angemessenes, zielführendes« Verhalten aufweisen, wird gekürzt – und zwar erheblich.

Und das geht schnell: Wahrscheinlich ab Januar 2003 müssen KollegInnen am ersten Tag nach Erhalt der Kündigung(!) zum Arbeitsamt. Für jeden Tag, den sie sich später »arbeitslos« melden, werden erhebliche Beträge vom späteren Arbeitslosengeld abgezogen, dass zuvor ohnehin schon von 67 auf 60 Prozent des letzten Lohnes/Gehaltes gekürzt wurde (bei Familienvorständen).

Aber auch für die (noch) Beschäftigten haben Peter Hartz und seine illustren Kommissions-Mitglieder einige Überraschungen parat, beispielsweise für ältere KollegInnen: Per »Bridge-System« sollen über 55-jährige die Zeit bis zur Frührente ab 60 Jahren überbrücken – mit heftig reduziertem Arbeitslosengeld und in der Regel um 18 Prozent geminderter Rente. Gleichzeitig und dazu passend werden »alle beschäftigungshemmenden Regelungen für Ältere stufenweise zurückgeführt« – inklusive des erweiterten Kündigungsschutzes.

Auf der anderen Seite der »Alterspyramide« regt die Kommission u.a. eine »Ausbildungs-Zeit-Wertpapier« an: Eltern, Freunde, Oma und Opa sollen für Ihre Nachkommen eine solche Versicherung abschließen, um den lieben Kleinen eine Ausbildung zu finanzieren. Auf diese Weise könnten demnächst die Wohlhabenden ihrem Nachwuchs Ausbildungsplätze erkaufen, während ärmere Bevölkerungsschichten leer ausgehen. Es freuen sich die Unternehmen: Sie sparen noch Teile der spärlichen Ausbildungsvergütung ein.

Darüber hinaus können junge, ledige Arbeitslose schon einmal die Koffer packen. Sind sie künftig länger als drei Monate arbeitslos, vermerkt das Hartz-Konzept als »geografi-

sche Zumutbarkeit« für sie schlicht: »BRD« (Seite 71). Nach sechs Monaten ist der erzwungene, bundesweite Umzug dann für alle »zumutbar«.

Die Beweislast wird dabei einfach umgekehrt: Arbeitslose müssen jetzt selber beweisen, dass eine angebotene Anstellung »unzumutbar« ist (...) Zynisch und beinahe menschenverachtend kommentiert das Hartz-Konzept mögliche, zukünftige Verweigerungen auf Seite 67: »Durch die differenzierte und flexibel handhabbare Sperrzeitenregelung kann die Ernsthaftigkeit der eigenständigen Integrationsbemühungen verstärkt werden.«

Frauen haben bei Umsetzung des »Hartz-Konzeptes« schon gleich grundsätzlich wenig zu lachen: Sie kommen darin nur als Anhang vor. An den verschiedensten Stellen ist ausschließlich von »Familienvätern« die Rede, ein Beispiel: »Familienvätern (...) wird eine besondere Priorität bei der Vermittlung eingeräumt.«

Dazu Professorin Ingrid Kurz-Scherf (Arbeitsmarktexpertin der Universität Marburg): »Wenn dieses Papier so umgesetzt würde, dann bedeutet es, dass sich die Möglichkeiten von Frauen am Arbeitsmarkt eklatant verschlechtern würden, weil das Papier, offen und unverhüllt für die Förderung von Männern auf Kosten von Frauen plädiert.«

Doch vor allem geht es Kommission wie Bundesregierung immer wieder um die Leiharbeit, bzw. um die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Nicht nur, dass das Hartz-Konzept die Schaffung so genannter »Personal-Service-Agenturen« und damit Leih- und Zeitarbeitsfirmen im eigenen Hause vorsieht. Die Daten von Arbeitslosen sollen zudem in bislang nicht gekanntem Ausmaß auch den »Sklavenhändlern« der berüchtigten Zeitarbeitsfirmen zur Verfügung gestellt werden ... unter »strenger Kontrolle«, versteht sich. Wie streng diese »Kontrollen« aussehen, können Mitglieder aller Einzelgewerkschaften schon heute in nahezu allen Branchen aus der Nähe betrachten: Es gibt keine. Und selbstverständlich müssen auch die Job-»Angebote« der Sklavenhändler angenommen werden – bei Widerstand droht auch hier die massive Kürzung der Leistungen.

Doch mit der bloßen Förderung von Zeit- und Leiharbeit ist es laut »Hartz-Konzept« nicht getan. Die den erweiterten »Service« nutzenden Unternehmen sollen überdies auch noch »entlastet« werden. Als hätten sie mit der Beschäftigung von mehr oder weniger rechtlosen, jederzeit kündbaren und auch billigeren Leihkräften nicht ohnehin schon den Lotteriegewinn gezogen, werden ihnen zudem Vergünstigungen angedient. Beschäftigten Unternehmen künftig auf die beschriebene Weise Arbeitslose, wird ihnen ein Teil der Zahlungen zur Arbeitslosenversicherung erlassen, das unternehmerische Risiko weiter auf Arbeitnehmer und die Allgemeinheit übertragen.

Bei all dem geht man auf Seiten der Bundesregierung wie der Kommission selber üblicherweise von verantwortungsbewußten Unternehmern aus, die über diese Möglichkeit zusätzliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und auf so genannte »Mitnahmeeffekte« verzichten. In der Realität werden Unternehmen die PSA selbstredend nutzen, um die Kernbelegschaften abzubauen und durch Leihkräfte zu ersetzen. Das wird ihnen auf Seite 114 des Konzeptes sogar fast aufgedrängt: »Durch die Verringerung von Kostenrisiken bei der Personalakquisition wird die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gefördert. Personalengpässe durch Krankheit und Urlaub bzw. Auftragsspitzen können kurzfristig

durch die vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung überbrückt werden. Kleinere Arbeitsvolumina für besondere Aufgaben (z.B. Personalverwaltung) in Kleinstunternehmen können durch die PSA gedeckt werden.«

Welches Unternehmen kann da schon »Nein« sagen? Aus gewerkschaftlicher Sicht freilich haben die Firmen gefälligst so viele Beschäftigte vorzuhalten, dass Auftragsspitzen mit eigenen Leuten abgedeckt werden können. Noch vor wenigen Jahren verteilte auch die IG BAU Aufkleber, auf denen zu lesen stand: »Leiharbeit ist Sklavenarbeit!« und die große Flexi-Regelung wurde schließlich zum Teil ebenfalls für den Zweck abgeschlossen, den Unternehmen den Erhalt der Kernbelegschaften zu ermöglichen, bzw. aufzuzwingen. Doch was schert uns das Geschwätz von gestern?

Mit dieser Art Vernichtung fester Arbeitsverhältnisse noch nicht genug: Durch Einführung der so genannten »Ich-AGs« werden künftig Schwarzarbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse legalisiert und gefördert - und damit die zuvor vorgeblich bekämpfte Scheinselbstständigkeit massiv gefördert. Bis zu 500.000 Ich-AG-Scheinselbstständige sind eingeplant und damit eine halbe Million ArbeitnehmerInnen ohne Kündigungsschutz und ohne Möglichkeit der Mitbestimmung im Betrieb. Ich-AGs sollen nicht nur von Arbeitslosen aufgemacht werden können, auch jetzige Erwerbstätige »dürfen« – etwa auf Druck ihres Arbeitsgebers – ein bislang festes Arbeitsverhältnis in diese »Erwerbsform« umwandeln, damit auf diverse Arbeitsrechte verzichten und ihre Sozialversicherungskosten fortan alleine tragen.

Die Hartz-Vorschläge:

Das Who is who der Arbeitsplatzvernichtung

Diese Vorschläge, deren Umsetzung bereits in vollem Gange ist, entstammen im wesentlichen den Ideen von Repräsentanten der größten deutschen Arbeitsplatzvernichter, u. a. von Jobst Fiedeler (Unternehmensberatung R. Berger). (...)

Kein Wunder auch, dass die Hartz-Kommission die massive Ausweitung von Leiharbeit so sehr in den Vordergrund ihrer Vorschläge stellte, begleiteten doch neben Massenentlassungen bei gleichzeitigen Millionengewinnen auch der Austausch regulärer Arbeitskräfte durch LeiharbeiterInnen den Karriereweg dieser Herren. Beispiel Deutsche Bank: Schlicht gekündigt werden hier freilich nur wenige Beschäftigte. Man nutze üblicherweise – so Hartz-Mitglied Fischer – die »natürliche Fluktuation« zum Arbeitsplatzabbau aus. Von den übrigen Bankangestellten wird regelmäßig ein Teil im Zeitarbeitsunternehmen »Bankpower« (in Zusammenarbeit mit »Manpower«) untergebracht, oder auch gleich in der konzerneigenen Zeitarbeitsfirma »Bankforce«. Ziel hier: Die soeben Entlassenen werden innerhalb des Unternehmens auf »feste Sollstellen« gesetzt – untertariflich bezahlt und zum Teil auf ihren alten Arbeitsplätzen versteht sich.

Resümee

Die Umsetzung des Hartz-Konzeptes stellt einen der größten Angriffe auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik dar. Die eingeführten oder verschärften Repressalien und Kürzungen bei Arbeitslosen und Sozialschwachen brechen nicht nur den Solidaritätsgedanken der Sozialversicherungen, sondern müssen auch als zentraler Angriff auf Tarifautonomie, Arbeitsrecht und geschichtliche Erfolge der Gewerkschaften angesehen werden.

Schon in Kürze werden wir es in den Betrieben mit speziellen ArbeitnehmerInnen zu tun haben – so genannten PSA-Sklaven oder Scheinselbstständigen – die keinen Kündigungsschutz genießen und auch keinen Anspruch auf den Tariflohn haben. (...)

Gleichzeitig müssen sich die Betriebsratsgremien darauf vorbereiten, ihre gekündigten KollegInnen auf das Schlimmste vorzubereiten. Gerade im Bauhauptgewerbe drohen laut einschlägigen Studien schon in den nächsten Monaten wieder bis zu 80.000 Kündigungen. Unter anderem den Betroffenen dieses erneuten Arbeitsplatzabbaus am Bau wird zu erklären sein, warum ausgerechnet ihre eigene Gewerkschaft und damit auch ihre Schutzmacht sie in die völlige Rechtlosigkeit stößt, indem sie zahllosen Repressalien und Kürzungen zugestimmt hat, denen die KollegInnen ab Januar 2003 konkret ausgesetzt sein werden. Schon jetzt stellen Beschäftigte ihren Betriebsräten immer häufiger die bange Frage, wann das Hartz-Konzept in Kraft tritt und mit welchen Schikanen sie zu rechnen haben. Die KollegInnen haben Angst – mit voller Berechtigung. Und sie werden sich sehr genau daran erinnern, wer dem Horrorkatalog an Erniedrigungen zugestimmt hat, dem sie künftig ausgesetzt sind.

Neben der Empörung über Kürzungen und Repressalien im Detail ist es jedoch interessant, die Rahmenbedingungen der aktuellen Arbeitsmarktpolitik im Auge zu behalten. Seit Jahren haben wir es mit Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau zu tun, während Arbeitsplatzvernichtung in beinahe jeder Form und Ausprägung ungesühnt, zum Teil sogar staatlich subventioniert bleibt. (...) Wie aber sollen ausgerechnet mit Repressalien gegen Arbeitslose Arbeitsplätze geschaffen werden? Niemand kann diese Frage beantworten und es scheint, dass auch niemand aus den Reihen von Bundesregierung und Gewerkschaftsspitzen diese Frage überhaupt gestellt wissen möchte.

Das hat sicherlich verschiedenste Gründe, die uns nicht einmal ansatzweise einleuchten. Zumindest die Bundesregierung jedoch hat einen sehr zentralen Grund für ihre Politik: Das Hartz-Konzept wird neben der Schaffung einiger weniger zusätzlicher Stellen in prekären Arbeitsmarktsektoren und der unanständigen Schönung der Statistiken vor allem einen »Erfolg« zeitigen: Kostensenkung. Vier Mio. plus X Menschen, die auf lohnabhängige Beschäftigung angewiesen sind, sollen sich um knapp eine halbe Mio. Jobs prügeln und erniedrigen. Wer dies nicht mitmacht, wer unter diesem Druck beispielsweise entgegnet: *Nein, wir Arbeitnehmer in Deutschland, wir sind im DGB organisiert und wir arbeiten nicht unter einer solchen Summe ...* (Wiesehügel am 4.10.2001), wird künftig in feinsten Übereinstimmung mit unter anderem dem Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt fertig gemacht, von den *Arbeitsämtern, von den Sozialämtern. Überall wird er immer mehr in die Ecke gedrückt, wird mit seinen Ansprüchen immer mehr heruntergedrückt.* (ebenfalls Wiesehügel, ebendann). Und seine Leistungen werden ganz oder teilweise gekürzt. Gerade also die besten GewerkschafterInnen unter den Erwerbslosen, gerade die, die auch unter großem Druck Ungerechtigkeiten widerstehen, werden die ersten Opfer von Hartz und Konsorten sein.

Unser Appell an die genannten Strukturen:

Werdet wach – kämpft mit und nicht gegen uns für soziale Gerechtigkeit!